

„Als Arzt bin ich geschult, Menschen zuzuhören“

In die Politik kam Professor Andrew Ullmann über das Arzt-Patienten-Gespräch. Mit seinem Patienten, einem rheinland-pfälzischen Landespolitiker, sprach er plötzlich nicht mehr nur über Diagnose und Therapie, sondern auch über die aktuelle Politik – und wo es aus seiner Sicht hakte. Das war 2003, und Ullmann, damals junger Familienvater, fasste den Entschluss, selbst aktiv zu werden. „Ich war immer schon engagiert, etwa im Elternbeirat oder Vereinen“, sagt er. „Doch dann habe ich mich entschieden, auch Parteipolitik zu machen, bin in die FDP eingetreten und habe unseren damals noch nicht vorhandenen Ortsverband gegründet.“

Als 2012 der Ruf nach Würzburg kam, musste der Liberale seine Ämter und kommunalen Mandate in der rheinland-pfälzischen Heimat abgeben. Seither ist er in Bayern aktiv. „Wir sind hier eine sehr aktive Gruppe politisch engagierter Ärzte.“ Die oft geäußerte Kritik, dass sich die Ärzteschaft zu wenig engagiere, könne er also nicht teilen. Gemeinsam mit seinen Kollegen hat der Internist entscheidend am Vorschlag für ein liberales Gesundheitswesen der FDP mitgewirkt.

Heute kandidiert Ullmann als Direktkandidat der FDP Würzburg und Listenkandidat der bayerischen Liberalen für den Bundestag. Am Bundeswahlprogramm habe er bereits aktiv mitgearbeitet. Seine Motivation: die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Die Erfahrung aus dem medizinischen Alltag – Ullmann ist seit 30 Jahren Arzt – hilft ihm dabei, meint er. „Der Arztberuf ist ein Beruf, der in höchstem Maße im Kontakt



Professor Andrew Ullmann (FDP)

Facharzt für Innere Medizin, geboren 1963, seit 2012 an der Universitätsklinik Würzburg, Sektionssprecher der Infektiologie beim Berufsverband Deutscher Internisten (BDI)

© PRIVAT

mit Menschen steht. Ich bin geschult, zuzuhören“, erklärt er. Dabei sei ihm das Arzt-Patienten-Gespräch, das über die kurze Arzt-Visite hinausgeht, enorm wichtig. Jüngst habe etwa eine Witwe Sorge darüber geäußert, die Zuzahlungen für ihre Arznei- und Hilfsmittel weiter stemmen zu können. Ein Thema, das bei Ullmann hängengeblieben ist. Außerdem in seinem Fokus: das Vorantreiben der Digitalisierung oder die Situation von Start-Ups in der Forschung.

Auf das Gesundheitssystem sieht Ullmann große Herausforderungen zukommen: die Versorgung auf dem Land etwa. Eine Ländersquote hält er jedoch nicht für zielführend. „Wir müssen das Berufsbild attraktiver machen“, meint er – durch eine Aufhebung der Budgetierung, aber auch durch entsprechende Infrastrukturalter, etwa zur Kinderbetreuung. „Hier sind auch die Kommunen gefragt.“ (jk)

„Für ihre Patienten sollten sich mehr Ärzte engagieren“

Parteilpolitisch aktiv ist Professor Armin Grau schon lange – doch für den Bundestag kandidiert er zum ersten Mal. Seit 1984 ist er Mitglied der Grünen, hat 2008 einen eigenen Ortsverband mitgegründet, ist Delegierter der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales. „In den letzten Jahren habe ich verstärkt die Gesundheitspolitik thematisiert“, sagt der Direktor der Neurologischen Klinik am Klinikum Ludwigshafen. „Meine Kandidatur für den Deutschen Bundestag halte ich selbst nicht für erfolgsversprechend, doch es ist wichtig, sich zu engagieren. Damit will ich auch ein Zeichen setzen“, sagt er.

Seine Erfahrungen in der Klinik sind es, die den Neurologen motiviert haben, in die Politik zu gehen. Er ist seit 30 Jahren Arzt, seit 14 Jahren Chefarzt, aktuell in leitender Position. „Dabei habe ich immer den Patienten im Blick. Und für das Interesse ihrer Patienten sollten sich viel mehr Ärzte zu Wort melden“, meint Grau mit einem Blick auf die wenigen Mediziner unter den Bundestagskandidaten.

Vor allem in der sektorenübergreifenden Versorgung sieht Grau Handlungsbedarf. „Die Grenzen zwischen den Sektoren sind in Deutschland viel zu stark – zum Nachteil der Patienten“, beobachtet er. Auf Landesebene favorisiert er eine gemeinsame Planung für den ambulanten und den stationären Bereich, auf lokaler Ebene schlägt er Gesundheitskonferenzen vor. Das Ziel: Unter-, Über- und Fehlversorgung zu erkennen und zu bekämpfen. „Bei den Konferenzen geht es darum, sich an der Versorgungsrealität vor



Professor Armin Grau (Bündnis 90 / Grüne)

Facharzt für Neurologie, geboren 1959, seit 2003 Direktor der Neurologischen Klinik am Klinikum Ludwigshafen, Dritter Vorsitzender der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft

© PRIVAT

Ort zu orientieren“, erklärt er seine Akzentsetzung.

Ohnehin ist das Gespräch, der Diskussionsprozess, für Grau ein wichtiges Instrument: So habe er sich auch beim Verfassen verschiedener Wahlprogramme auf Landes- und Bundesebene eingebracht. Gesprächsbedarf sieht er aktuell noch in Sachen medizinischem Nachwuchs. „Wir brauchen deutlich mehr Medizinstudienplätze“, erklärt er eines seiner wichtigsten Ziele. „Das haben Politik und Fakultäten bislang verschlafen.“ Aber nur mit einer deutlichen Aufstockung der Studienplätze könnten für die Versorgung der Zukunft ausreichend Ärzte ausgebildet werden.

In der Ausbildung selbst sollten diese dann auch kommunale Kliniken kennenlernen, meint Grau. „Sie sollten schon vor dem PJ stärker einbezogen werden.“ Auch hier gilt sein Ziel: mehr Vernetzung, weniger Grenzen. (jk)

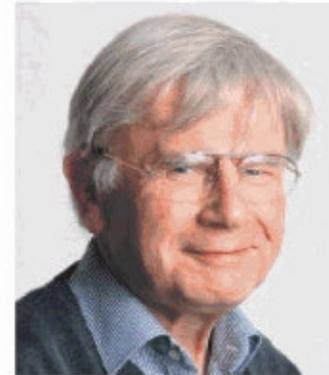
„Armut und Gesundheit – hier muss sich etwas tun!“

Für Professor Lothar Schuchmann ist es das Themenfeld der „gerechten Gesundheit“, das ihn zur Bundestagskandidatur bewegt: „Die zunehmende Ökonomisierung fast aller Bereiche der Daseinsvorsorge, insbesondere des Gesundheitswesens“ nennt er als ersten Punkt auf die Frage nach seiner Motivation, sich zu engagieren. Doch auch andere soziale Felder – etwa die Zunahme prekärer Arbeit oder die Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung – hat der Pädiater, der seit 2009 nicht mehr regelmäßig berufstätig ist, im Blick.

Vor allem in den 25 Jahren seiner Niederlassung ist er immer wieder mit der Situation benachteiligter Kinder konfrontiert worden. „Armut und Ausgrenzung in früher Kindheit verursachen erhebliche gesundheitliche Schäden, beeinflussen Bildungschancen und die ganze spätere Lebensperspektive“, weiß Schuchmann. „Dieser Zusammenhang zwischen ungünstiger sozialer Lebenslage und den oft erheblichen Gesundheitsschäden bei den von mir behandelten armen Kindern und Jugendlichen war nicht zu übersehen und ist vollkommen inakzeptabel.“

2004 hat er – nach 26 Jahren SPD-Mitgliedschaft – daher die örtliche Basisorganisation der WASG in Freiburg mitgegründet, 2007 ist er dann mit dem Entstehen der Partei Linken-Mitglied geworden. „Verglichen mit den 60er und 70er Jahren leben wir heute in der zunehmenden Ungleichheit einer Abstiegsgesellschaft“, meint Schuchmann.

Seit 2009 ist er Stadtrat der Linken in Freiburg. Ein weiteres Dorn im Auge ist ihm die



Professor Lothar Schuchmann (Linke)

Facharzt für Pädiatrie, geboren 1940, nach Jahren in Anstellung niedergelassen von 1984 bis 2009 in Landwasser, seit 2009 pensioniert und Stadtrat in Freiburg

© PRIVAT / LINKE KV BREISGAU-HOCHSCHW.

Ökonomisierung der Medizin und der damit verbundene Druck – ein weiteres Motiv für sein Engagement: „Betriebswirtschaftliches Denken befindet sich nicht selten in einem Zielkonflikt mit den Anforderungen ärztlicher Professionalität und Ethik“, so sein Fazit.

Gegen die Ansicht, bei der Behandlung eines Patienten handle es sich nicht um Bindung oder eine vertrauensvolle Patienten-Arzt-Beziehung, sondern um einen rein materiellen Leistungsaustausch, sträubt sich Schuchmann. Sein Standpunkt: „Kinderarmut ist ebenso inakzeptabel wie das vorherrschende Menschenbild des homo oeconomicus“, sagt Schuchmann.

Aus seiner Sicht notwendig sind „systemverändernde Reformen“. Das Prinzip „Gemacht wird nur, was sich rechnet“ müsse – auch in der Gesundheitsversorgung – ein Ende haben. (jk)